

Kerstin Priwitzer

## Der *Social Protection Index* der Asiatischen Entwicklungsbank Eine konzeptionelle Auseinandersetzung am Beispiel Vietnam

Die neuesten Publikationen der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sowie die von anderen Gebern wie Weltbank, ILO, DFID zu sozialer Sicherheit zeigen, dass sich das Thema vor dem Hintergrund zahlreicher Finanzkrisen und Rückschlägen in der Armutsbekämpfung großer Beliebtheit erfreut.<sup>1</sup> Soziale Sicherheit wird von der ADB seit Beginn der Asienkrise nicht mehr nur als Nebenprodukt wirtschaftlichen Wachstums angesehen, sondern als eigenständiges Politikfeld.

In dem vorliegenden Artikel wird der von der ADB entwickelte *Social Protection Index* (SPI) vorgestellt. Dieser neue Index wurde in einem Pilotprojekt zwischen 2004 und 2006 entwickelt, um die Auswirkungen staatlicher und nichtstaatlicher Programme auf die soziale Sicherheit der Bevölkerung von zunächst einmal sechs Mitgliedsländern der ADB zu messen und zu vergleichen. Ziel ist es zu untersuchen, welche Funktionen der Index aus Sicht der ADB übernehmen soll bzw. welche Annahmen ihm zugrunde liegen und welche Probleme sich damit ergeben. In Anlehnung an das von Müller & Pickel (2007) entwickelte Modell der Indexüberprüfung werde ich mich zuerst mit dem seitens der ADB verwendeten Konzept sozialer Sicherheit auseinandersetzen sowie den Index und die vier Indikatoren vorstellen.

In beiden Aspekten – sowohl der Konzeptualisierung, als auch in der Messung des Index – finden sich Mängel. Die dem Index zugrunde liegende Definition von sozialer Sicherheit lässt die notwendigen Diskussionen um Umverteilung, soziale Rechte, Solidarität bzw. Macht und Herrschaft nahezu vollständig außen vor. Bei der Messung greift der Index auf Daten zurück, deren Qualität mitunter höchst fragwürdig ist. Außerdem werden wesentliche Zielgruppen nur unzureichend berücksichtigt. Da die Handlungsanweisungen, die sich aus dem Index ergeben, ausgesprochen allgemein sind und soziale Randgruppen in der Messung nicht ausreichend berücksichtigt werden, ist der Einsatz des Index als Kontrollmechanismus für die Vergabepaxis der ADB bedenklich.

## (Konzept-)Qualität von Indizes

Indizes übernehmen eine Reihe von Funktionen, wobei im Folgenden vor allem auf drei Funktionen hingewiesen wird: die Messung, die Bewusstseinsbildung durch die Auseinandersetzung mit einem bestimmten Konzept und die Kontrolle der Vergabe von Geldern (siehe Dorsey u.a. 1989).

Soziale Indizes und Indikatoren sollen abstrakte Konzepte wie Armut, menschliche Entwicklung und soziale Sicherheit für politische Handlungsträger messbar, überprüfbar und international vergleichbar machen. Sie sollen Komplexität reduzieren und Politikentscheidungen erleichtern (Klingebiel 1992: 4).<sup>2</sup> Im weitesten Sinne soll die Beschäftigung mit einem bestimmten Thema der Bewusstseinsbildung dienen. Zentrale Problembereiche und -zusammenhänge sollen aufgezeigt werden, um das Bewusstsein für ein bestimmtes Themengebiet und damit verbundene Probleme zu schärfen.

Die Frage nach der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe und deren Rechtfertigung erklärt, warum seit den 1950er Jahren immer mehr Indizes und Indikatoren in die Entwicklungsdebatte Einzug gehalten haben.<sup>3</sup> Alle internationalen Organisationen und bilateralen Geber arbeiten damit. Indizes und Indikatoren sollen Entscheidungsprozesse legitimieren und qualifizieren. Sie dienen der Erfolg- und Wirkungskontrolle von Projekten und der (angeblichen) Versachlichung von Entwicklungszusammenarbeit. Seit den 1990er Jahren werden sie – durch Evaluationen ergänzt – auch im Bereich der Vergabe von Programmen und Krediten eingesetzt (ebd. 5).

Das Aufkommen von Sozialindikatoren zeigt ein gestiegenes Interesse an Messungen, die sich nicht nur auf das Wirtschaftswachstum als Indikator von Entwicklung verlassen (Innes 1989). Durch verschiedene sozioökonomische Indizes soll das genaue Maß des Wirtschaftswachstums, der Armutsreduzierung, der Grad der sozialen Sicherheit, der menschlichen Entwicklung und der Ungleichheit gemessen werden. Die Entwicklungspolitik will damit Entwicklung als vielseitiges Konzept verstanden wissen (Hicks & Streeten 1979: 568).

Wie sinnvoll sind aber solche sozialen Indikatoren und Indizes? Was genau messen sie und was vergessen sie zu messen? In Anlehnung an die Ausführungen von Thomas Müller und Susanne Pickel (2007) wird der SPI in zwei Schritten untersucht. Die beiden Autoren gehen von der Annahme aus, dass die Messgenauigkeit eines Indexes von der Qualität des jeweiligen Messkonzepts abhängt (ebd. 516). Durch eine Analyse des Konzepts von sozialer Sicherheit, das dem SPI zugrunde liegt, lassen sich deshalb auch Rückschlüsse auf die Verlässlichkeit und Gültigkeit der Indikatoren ziehen

(ebd. 513). Entscheidend ist, wie gut die einzelnen Schritte eines Indexes „messtheoretisch begründet und konzeptlogisch umgesetzt sind“ (ebd. 516).<sup>4</sup>

Ausgehend von den theoretischen Annahmen der Definition des Themas – im vorliegenden Fall soziale Sicherheit – lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, inwieweit alle Aspekte eines bestimmten Konzepts ausreichend Beachtung finden (Konzeptspezifikation) und inwieweit die wichtigsten Merkmale eines bestimmten Konzepts logisch organisiert sind (Konzeptlogik). Die Validität eines Indikators (bzw. des von ihm gemessenen Ergebnisses) ergibt sich daraus, ob dieser alle wesentlichen Aspekte von sozialer Sicherheit adäquat erfasst.

## Die ADB als sozialpolitischer Geber

Die ADB wurde bei ihrer Gründung 1966 als Entwicklungsbank konzipiert, die Wirtschaftswachstum und Kooperation in einer Region fördern sollte, die damals als eine der ärmsten der Welt galt. Erste Projekte übernahm die Bank im Bereich Nahrungsmittelsicherheit und ländliche Entwicklung. In den 1970er Jahren weitete die ADB ihre Projekte auf die Bereiche Bildung und Gesundheit aus, später dann auf Infrastruktur und Industrie.

Im Zuge der asiatischen Finanzkrise zeigte sich, dass die in der asiatisch-pazifischen Region vorherrschende produktive Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und Humankapitalbildung ausgerichtet war, neben Inseln des Wohlstands auch viele von Armut (pockets of poverty) und Unsicherheit hinterlassen hatte. Als Antwort auf die asiatische Finanzkrise wurde 1999 Armutsreduzierung als allumfassendes Ziel der ADB benannt. Seit Ende der 1990er Jahre beschäftigt sich auch die ADB eingehender mit dem Thema soziale Sicherheit. Durch eine Beschäftigung mit selbigem sollen die MDGs erreicht und Wachstum effizienter und gerechter gemacht werden.

Im September 2001 trug die ADB dieser Einsicht mit der Veröffentlichung einer Social Protection Strategy (SPS) Rechnung. Darin wollte die Entwicklungsbank dem Ziel der Armutsreduzierung näher kommen und den sozialen Herausforderungen des Wandels der Region Rechnung tragen (ADB 2002a; 2003). Wirtschaftliches Wachstum wurde nicht länger als ausreichend angesehen, um Armut und den Ausschluss sozialer Gruppierungen wie Arme, Alte, Kinder und Minderheiten zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Vielmehr nahm man an, dass ein System ohne soziale Sicherheitsmechanismen Gefahr laufe, nur solchen Menschen Sicherheit zu gewährleisten, denen eine gute Ausbildung zuteil werde und denen ausreichend Kapital zur Verfügung stehe. Bemängelt wurde, dass die bestehenden Sozialsysteme in der Region nur

wenigen Gruppierungen zugute kämen, schlecht finanziert seien und nur wenig Expertise im Bereich sozialer Sicherheit bestehe.

Das Ziel der SPS bestand darin, soziale Sicherheit und Armutsreduzierung nicht mehr nur als Nebenprodukt wirtschaftlichen Wachstums verstanden zu wissen, sondern als eigenständiges Politikfeld (ADB 2003).<sup>5</sup> Auch die Finanzierbarkeit von sozialen Sicherungssystemen in Entwicklungs- und Schwellenländern schien nicht länger problematisch, da bei Untersuchungen der Bank herausgekommen war, dass soziale Sicherheit keine Frage des Reichtums eines Landes sei, sondern nur eine der besseren Verteilung (ADB 2006a; 2008b).

In der 2008 verabschiedeten Strategie 2020 sprach sich die ADB für eine konzeptionelle Neuausrichtung auf inklusives Wirtschaftswachstum aus, mit Hilfe dessen Ungleichheit und Exklusion reduziert werden sollte (ADB 2008c: i). Sozialpolitischen Maßnahmen müssten als sinnvolle „Investitionen“ verstanden werden, die Humankapital, die Produktivität und den sozialen Zusammenhalt stärkten, Armut reduzierten und die nationale Nachfrage steigerten.

## Der Index und die zugrunde liegende Definition: Die Konzeptlogik

Der Index geht auf eine Pilotstudie (TA6120) der ADB in Kooperation mit dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung (*UK Department for International Development*, DFID) und der niederländischen Regierung für sechs Länder (Vietnam, Bangladesh, Indonesien, Mongolei, Nepal und Pakistan) zurück (Baulch u.a. 2006: 23). Das erklärte Ziel der Pilotstudie lag darin, systematisch und konsistent die Aktivitäten im Bereich von sozialer Sicherheit dieser sechs asiatischen Länder zu quantifizieren und zwischenstaatlich vergleichbar zu machen (Baulch u.a. 2006: 6).

Das Expertenteam entschied sich für einen leicht handhabbaren und transparenten Index, ähnlich dem *Human Development Index* (HDI).<sup>6</sup> Im Gegensatz zu allen bestehenden quantitativen Berichten, Datenbanken und Indikatoren (wie die Datenbank der *International Social Security Association*<sup>7</sup> oder die *Social Protection Expenditure and Performance Reviews* der ILO) bezieht der Index auch die Ausgaben des privaten NGO-Sektors mit ein.<sup>8</sup> Nachdem 2008 eine Nachfolgestudie abgeschlossen wurde, liegen nun 31 Länderberichte vor. Damit hat sich die Vergleichbarkeit zwischen der Entwicklung der Ländergruppen (nach Höhe des HDI und Bruttonationaleinkommens) sowie zwischen verschiedenen Regionen (Zentralasien, Südasien, Ostasien und Pazifik) erhöht.<sup>9</sup>

Die Definition von sozialer Sicherheit bildet die Grundlage für den aus vier Indikatoren bestehenden Index. Die innerhalb der ADB bis 2005 gängige Definition verstand soziale Sicherheit als „verschiedene Politikinstrumente und Programme, mithilfe derer Armut und Vulnerabilität reduziert werden, indem effiziente Arbeitsmärkte geschaffen und Risiken gesenkt werden sowie die Kapazität von Menschen erhöht wird, sich selbst gegen Risiken und Einkommensausfälle abzusichern“ (ADB 2003: 1).<sup>10</sup> In der breit angelegten Definition wurde soziale Sicherheit nicht auf staatliche Programme im Bereich Sozialversicherungen und Sozialfürsorge beschränkt, sondern umfasst auch private Ressourcen, die in erster Linie von Gebern, NGOs und INGOs stammen

Bob Baulch, Joe Wood und Axel Weber (Baulch u.a. 2006) bemängeln bei der Konzeptionierung, diese Definition reiche stark in die Bereiche Wachstumsförderung und Armutsbekämpfung hinein und sei deshalb noch unscharf und nicht operationalisierbar.<sup>11</sup> Sie definieren den Begriff soziale Sicherheit deshalb enger: als die Summe aller Politikinitiativen und Programme, die gefährdete (*vulnerable*) Gruppierungen in der Gesellschaft vor Risiken schützen, Risiken reduzieren oder Betroffenen helfen, diese zu bewältigen (*prevent, reduce, and/or cope with risks*). Damit ähneln die politischen Maßnahmen denen der ILO (*protective, preventive, promotional*) (vgl. Devereux & Sabates-Wheeler 2004) und der Weltbank (*prevention, mitigation and coping*) (siehe dazu Holzmann & Jorgensen 2000). Diese neue Definition der ADB nimmt keinen expliziten Bezug mehr auf das Thema Armutsbekämpfung (inwieweit haben soziale Sicherheitsmaßnahmen zur Armutsreduzierung beigetragen?), obwohl Armutsbekämpfung das erklärte Ziel des SPI bzw. von sozialen Sicherheitsinitiativen der ADB ist (Weber 2008; Weber 2006: 2). Vielmehr weicht der Ausdruck „Armutsbekämpfung“ dem Konzept der Vulnerabilität, in dem Arme nur eine von mehreren Zielgruppen sind. Im Gegensatz dazu beziehen sich zwei der vier Indikatoren (SPDIST und SPIMP) dann jedoch bewusst auf das Thema Armut.

Aus der genannten Definition ergeben sich fünf Maßnahmenbereiche,<sup>12</sup> mit deren Hilfe vulnerable Gruppierungen unterstützt werden sollen:

### *1. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen*

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitslosenversicherung [staatlich subventioniert], Qualifizierung von bestimmten Gruppierungen

### *2. Maßnahmen im Bereich Sozialversicherung*

Arbeitslosenversicherung, Kranken-, Arbeitsunfähigkeits-, Berufsunfall-, Mutterschafts- und Rentenversicherung [beitragsfinanziert]

### 3. Maßnahmen der Grundsicherung

Sozialdienste, die sich an die sieben Zielgruppen richten, subventionierte Gesundheitsversorgung, Zuweisungen an Geld oder Nahrungsmitteln, Befreiung von der Grundsteuer, Wohngeld und Subvention für Nebenkosten speziell für Arme, Katastrophenhilfe

### 4. Maßnahmen im Bereich Mikroansätze

im Bereich Finanzen, Kredit, Versicherung, die sich speziell an Arme richten; monetäre Hilfen nach Katastrophen (keine Gelder für Infrastruktur)

### 5. Maßnahmen zum Kinderschutz

Familienzuschlag, Befreiung von Schulgebühren, Stipendien für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen, Initiativen für Straßenkinder, Jugendprogramme

Ausgeschlossen sind laut Baulch u.a. (2006) Maßnahmen zur Gesundheitserziehung (HIV, Themen rund um die menschliche Fortpflanzung), Immunisierung, generell berufsbildende Maßnahmen, Programme zur ländlichen Entwicklung und zum Aufbau von sozialer Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser), Fortbildung von Personal im ärztlichen Bereich sowie Mikrofinanzprodukte, die sich nicht direkt an Arme wenden. Die Maßnahmen richten sich auf sieben Zielgruppen, für die jeweils eine Referenzgruppe

*Tabelle 1: Programmkategorie und Referenzgruppe*

| Programmkategorie/Zielgruppe  | Referenzgruppe                                                                                                                      |
|-------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Arbeitslose/Unterbeschäftigte | Arbeitslose nach Statistik; Arbeiter mit weniger als 25 Stunden Wochenarbeitszeit, unbezahlte Familienangehörige und Saisonarbeiter |
| Alte Menschen                 | Menschen über 60 Jahre                                                                                                              |
| Kranke Menschen               | Ganze Bevölkerung                                                                                                                   |
| Arme (Grundsicherung)         | Arme, identifiziert anhand der nationalen Armutsgrenze                                                                              |
| Arme (Mikrokredit)            | Arme Bevölkerung                                                                                                                    |
| Behinderte                    | Behinderte Bevölkerung                                                                                                              |
| Kinder                        | Arme Kinder zwischen 5 und 14 Jahren (im schulpflichtigen Alter)                                                                    |

Quelle: ADB (2008: 31)

geschaffen wird (siehe Tabelle 1). Außerdem werden die sieben Zielgruppen in einer bestimmten Art gewichtet.<sup>13</sup>

## Die vier Indikatoren des SPI

Der Index, der zwischen 0 (am schlechtesten) und 1 (am besten) liegt, setzt sich aus vier verschiedenen Indikatoren zusammen:

- Ausgaben für soziale Sicherheit in Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) (*SPEXP[enditure]*);
- Prozentsatz der Anspruchsberechtigten der sieben Zielgruppen (*SPCOV[erage]*);
- Prozentsatz der armen Anspruchsberechtigten (*SPDIST[ribution]*) und
- Ausgaben für arme Anspruchsberechtigte in Prozent der Armutsgrenze<sup>14</sup> (*SPIMP[act]*). (ADB 2008a: 21)

Alle vier Indikatoren sollen jeweils verschiedene Teilaspekte von sozialer Sicherheit abbilden (Wood 2008) und werden dementsprechend gleichmäßig gewichtet.<sup>15</sup> Bezüglich der Daten, die für die Berechnung des SPI notwendig sind, schlagen Baulch u.a. (2006) vor, eine Mischung aus staatlich generierten Daten (*top-down*) und solchen, die durch quasi-staatliche<sup>16</sup> und private Organisationen bereitgestellt werden (*bottom-up*), zu nutzen.

Der Indikator Ausgaben (SPEXP) gibt an, wie viel Prozent des BNE für die fünf Maßnahmenbereiche der sozialen Sicherheit ausgegeben wird. Dabei werden auch die Ausgaben von NGOs, INGOs und Gebern eingerechnet. Als Maximalwert wird die Sozialquote Japans mit 16 % angeführt. Damit liegt Japan in der Region weit vor den anderen Ländern. Der Indikator Deckungsgrad (SPCOV) gibt an, wie viel Prozent der sieben Zielgruppen Anspruch auf eine bzw. mehrere der fünf politischen Maßnahmenbereiche hat. Der Indikator Armutsorientierung (SPDIST) misst den Anteil der Armen, die Zuweisungen durch eine der fünf politischen Maßnahmenbereiche erhalten. Da der Indikator nichts darüber aussagt, welchen monetären Einfluss die politischen Maßnahmen auf die Wohlfahrt von armen Haushalten haben, wird der Indikator SPIMP gebildet. Dieser misst die finanzielle Auswirkung der Programme auf das Einkommen der Armen als Relation der Pro-Kopf-Ausgaben für soziale Sicherheit für die Armen in Prozent der momentanen Armutsrate (*Social Protection Impact*, SPIMP). Mit dem aus den vier Indikatoren ermittelten SPI ergibt sich damit die Möglichkeit, die nationalen staatlichen und privaten Programme im Bereich der sozialen Sicherheit zu vergleichen.

Die Endzahl des SPI wollen dessen Entwickler nur als ein Anfangspunkt verstanden sehen, die politischen Implikationen ergäben sich aber hauptsächlich aus der Einzelbetrachtung der vier Indikatoren und den zusammen mit dem Index veröffentlichten Länderberichten (Baulch u.a. 2006: 21).

Aus jedem der vier Indikatoren lässt sich eine politische Empfehlung ableiten, nämlich die totalen Ausgaben für soziale Sicherheit (SPEXP), die armutsorientierten Ausgaben für soziale Sicherheit (SPIMP), den Deckungsgrad (SPCOV) und die Armutsorientierung (SPDIST) zu erhöhen. Da alle vier Maßnahmen Kosten verursachen, geht es dabei vor allem um eine bessere Umverteilung verfügbarer Gelder.

## Der SPI am Beispiel Vietnam

Der Länderbericht zu Vietnam umfasst folgende Abschnitte: 1. eine allgemeine Übersicht (Bevölkerung, Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Zugang zu Sozialdiensten, Wohnen, Ungleichheit), 2. die Definition sozialer Sicherheit in Vietnam, 3. Aktivitäten und Programme in den fünf Maßnahmenbereichen soziale Sicherheit (Arbeitsmarkt, Sozialversicherung, Sozialfürsorge, mikro-basierte Ansätze, Kinderschutz).

Wie sich anhand des Länderberichts und der Analyse der Aktivitäten und Programme zeigt, leisten viele der Maßnahmen, die bewusst aus der Definition der ADB zu sozialer Sicherheit herausgenommen wurden wie Bildung und ländliche Entwicklung (Landreform) sowie Aspekte der Gesundheitsprävention, einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung und sozialen Sicherheit. Verteilung von Land entscheidet in Vietnam darüber, welchen Risiken Bauern ausgesetzt sind. Es besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen präventiven Gesundheitsmaßnahmen und Armut von Bauern und Bäuerinnen, weil diese nicht zuletzt wegen Krankheitsfällen in der Familie ihr Land verkaufen müssen und in der Stadt befristete Arbeit im informellen Sektor suchen. Nicht selten finden sie sich auch in Exportzonen als schlecht bezahlte ArbeiterInnen wieder. In vielen dieser Wirtschafts-sonderzonen werden nationale Arbeitsstandards und Menschenrechte nicht eingehalten. Öffentlichkeitsarbeit zu sozialen Rechten, wie dies von der ILO seit Jahrzehnten geleistet wird, lassen sich schlecht quantifizieren, sind aber ein wesentlicher Faktor im Bereich soziale Sicherheit bzw. Unsicherheit. Konzepte wie Solidarität, Bürger- und soziale Menschenrechte finden keine bis kaum Erwähnung in den entscheidenden Publikationen<sup>17</sup> der ADB bzw. im Länderbericht. Ohne Kritik an bestehenden sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen können aber nur bedingt Verbesserung von sozialer Sicherheit erzielt werden.

Die Frage nach strukturellen Benachteiligungen in Vietnam – etwa Naturkapital (fruchtbarer Boden, Land, Wasser), Sachkapital (Infrastruktur, Produktionsmittel, Wohnraum), Finanzkapital (Ersparnisse, Kreditzugang), Humankapital (Wissen, Fähigkeiten, körperliche Leistungsfähigkeit) und Sozialkapital (horizontale Gruppen, Patron-Klientel-Verhältnisse, Solidarität/Loyalität auf Dorf- und Familienebene bzw. Zugang zu Informationen) – wird in der Auseinandersetzung der ADB und dem Länderbericht zu Vietnam nicht ausreichend gestellt.<sup>18</sup>

Von politischen und gesellschaftlichen Hindernissen für die Implementierung sozialer Programme ist in dem Länderbericht zu Vietnam nur selten die Rede, obwohl diese im Bereich Sozialpolitik enorm sind (Fforde 1986). Fraglich ist dementsprechend, inwieweit die Verbesserung Vietnams im SPI von 0,28 auf 0,38 den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt oder nur gut gemeinte Intentionen im Bereich Krankenversicherung und Mikrofinanzprodukte abbildet, durch die der Anstieg der Ausgaben und des Deckungsgrads zustande kam.<sup>19</sup>

*Tabelle 2: Vergleich Vietnam SPI 2002/03 und 2004/05*

| Indikatoren                             | Messbarkeit                                                                                 | 2002/03 | 2004/05 |
|-----------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------|---------|---------|
| Social Protection Expenditure (SPEXP)   | Ausgaben für soziale Sicherheit in Prozent des BNE                                          | 0,03    | 0,041   |
| Social Protection Coverage (SPCOV)      | Kombination des Deckungsgrads der sieben Zielgruppen                                        | 0,25    | 0,40    |
| Social Protection Distribution (SPDIST) | Arme Empfänger von Maßnahmen der sozialen Sicherheit in Prozent der armen Bevölkerung       | 0,52    | 0,71    |
| Social Protection Impact (SPIMP)        | Pro-Kopf Ausgaben für soziale Sicherheit für die Armen in Prozent der momentanen Armutsrate | 0,12    | 0,17    |
| SPI                                     |                                                                                             | 0,28    | 0,38    |

Quelle: ADB (2008a: 139)

## SPEXP

Die Ausgaben für soziale Sicherheit (SPEXP) stiegen zwischen der ersten Messung 2002/2003 und der zweiten 2004/2005 von 3,5 % auf 4,1 % des BNE; der Indikator stieg damit von 0,03 auf 0,041. Der Großteil des Geldes wurde von der Regierung oder indirekt über internationale Organisationen, nur 2 % von INGOs finanziert (Hoang Xuan Quyen & Nguyen Thanh

2006: 423). Im Vergleich zu Japan, mit 16 % Sozialausgaben Spitzenreiter in Asien, und Papua Neuguinea, mit 0,3 % das Schlusslicht, liegt Vietnam im Mittelfeld, hier ebenfalls wie bei der Gesamtberechnung weit vor den Pantherstaaten Indonesien (1,9 %) und den Philippinen (2,2 %) sowie den Nachbarn Laos (1,3 %) und Kambodscha (1,4 %).

Der Großteil der vietnamesischen Sozialausgaben (etwa 54 %) kommt Arbeitern im formellen Sektor – vor allem (ehemaligen) Staatsbediensteten – durch die Sozialversicherung zu (Baulch u.a. 2006: 26). Die Ausgaben für andere Maßnahmen zu bestimmen, ist äußerst schwierig. Die Schätzungen basieren auf einer Reihe von Berichten, die oftmals bestenfalls als Hinweise, kaum aber als verlässliche Quelle bezeichnet werden können (Hoang Xuan Quyen & Nguyen Thanh 2006: 423f.).<sup>20</sup> Private familienbasierte Transferzahlungen und soziale Dienste (Alten- und Krankenpflege) werden nicht in die Berechnung der Sozialausgaben aufgenommen. Ausgeschlossen sind auch Rücküberweisungen von MigrantInnen zwischen Stadt und Land und Rücküberweisungen von internationalen ArbeitsmigrantInnen sowie von überseeischen Vietnamesen – den Viet Kieu. Schätzungen des statistischen Bundesamtes Vietnams zufolge sind seit 1991 etwa 15,5 Milliarden US\$ nach Vietnam zurück überwiesen worden. Dies entspricht in etwa 60 % der im selben Zeitraum eingenommenen ausländischen Direktinvestitionen und übersteigt die internationale Entwicklungshilfe der gesamten Geberländer (*Vietnam Net* 2005). Die Frage stellt sich damit, inwieweit ein Fokus alleine auf die Ausgaben der privaten Geberorganisationen und der des Staates das Bild der sozialen Sicherheit in einem Land nicht verzerren, bzw. zu welcher Aussage bzw. politischen Ratschlägen ein Index kommt, der familienbasierte soziale Sicherheitsmechanismen nicht berücksichtigt, Ausgaben von NGOs, Gebern und INGOs aber sehr wohl.

## SPCOV

Bei dem Indikator Deckungsgrad (SPCOV) liegt Vietnam mit 0,40 zwar wiederum weit hinter dem Spitzenreiter Japan mit 0,86, nach wie vor aber über dem asiatischen Durchschnitt von 0,35. Hier wie bei dem Index für die Ausgaben für soziale Sicherheit lässt sich der historische Hintergrund der Pensionen und Abfindungszahlungen an Staatsdiener, Mitarbeiter in Staatsbetrieben und Kriegsinvaliden als Erklärung für den relativ hohen Wert aufführen. Aber auch die seit Anfang 2000 neu aufgelegten Sozialprogramme, die sich speziell an ethnische Minderheiten und arme Gemeinden richten (Programm 134/135, *Health Care Fund for the Poor*, u.a.) sowie ein

verstärktes Engagement der internationalen Geber und NGOs im Bereich Mikrofinanzierung haben zu einer Erhöhung des Wertes geführt.

In der Zielgruppe der Behinderten entfallen fast alle Maßnahmen auf Kriegsinvaliden, wobei das eigentliche Problem von Menschen mit Behinderung in Vietnam nicht unbedingt ein finanzielles ist. Durch die bestehende Versorgungsmentalität, die Themen wie Diskriminierung und Stigmatisierung gerade ausspart, bleibt vielen die Teilnahme am öffentlichen Leben verwehrt (Le Bach Duong u.a. 2005: 267-274).

Frauen werden nicht als besondere Zielgruppe ausgewiesen, was in der konfuzianisch geprägten vietnamesischen Gesellschaft eine Missachtung der bestehenden Benachteiligung ist. Bei allen sozialpolitischen Maßnahmen in Vietnam wird der Haushalt, nicht das Individuum als Adressat von Politikmaßnahmen zugrunde gelegt. Frauen sehen sich noch immer vielfachen Risiken in Vietnam ausgesetzt, die besonderer Berücksichtigung bedürften. Zu denken wäre hierbei an Themen wie häusliche Gewalt oder die weiblich geprägte Exportindustrie. Ethnische Minderheiten werden zwar in dem Länderbericht erwähnt, bilden aber keine der sieben explizit genannten Zielgruppen. Da sie in Vietnam aber eine besondere Gruppe der Benachteiligten bildet, wäre zu überlegen, ob sie nicht auch als solche behandelt, d.h. als eigene Zielgruppe aufgeführt werden müsste. (siehe dazu auch Baulch u.a. 2007).

Viele der städtischen Armen (*urban poor*) tauchen in keiner Statistik auf. MigrantInnen, die aufgrund des Systems der Haushaltsregistrierung<sup>21</sup> keinen dauerhaften Wohnsitz in den Hauptindustriestädten wie Hanoi, Haiphong oder Ho-Chi-Minh-Stadt vorweisen können, haben keinerlei Anspruch auf soziale Sicherheitsmechanismen an ihrem neuen Wohnort. Vielmehr müssten sie im Falle von Krankheit an ihren ursprünglichen Wohnort zurückkehren (Pincus & Sender 2008). Diese Immobilität von Sozialdienstleistungen wird der Mobilität der Bevölkerung nicht gerecht. Die Problematik wird zwar im Länderbericht unter dem allgemeinen Kapitel Armut und Ungleichheit aufgeführt (Hoang Xuan Quyen & Nguyen Thang 2006: 374), spiegelt sich aber nicht in dem Indikator SPCOV wider.

## SPDIST

Im Bereich Armutsorientierung (SPDIST) ist eine Verbesserung von 0,52 auf 0,71 im Zeitraum von 2002/2003 auf 2004/2005 zu verzeichnen. Problematisch dabei ist vor allem die Definition von Armut, die jährlich vom vietnamesischen Sozialministerium veröffentlicht wird. Diese vernachlässigt – nicht selten aufgrund mangelnder Kontrollmechanismen – Armut

und Unsicherheit von bestimmten Gruppierungen wie zum Beispiel Frauen, MigrantInnen und ethnischen Minderheiten (Van de Walle 1999: 126). Gruppierungen wie formelle Arbeiter, Kriegsveteranen und Kriegshelden sind nach wie vor diejenigen, die am meisten von sozialen Programmen profitieren, auch wenn sie nicht zwangsläufig die ärmsten innerhalb der Gesellschaft sind. Viele Sozialprogramme sind jedoch sakrosankt. Denn die politische Elite zögert, denjenigen etwas abzuverlangen, die im nationalen Befreiungskampf beteiligt waren (Van de Walle 1999: 128).

## SPIMP

Der Indikator Sozialausgaben für arme Menschen (SPIMP) zeigt an, inwieweit Sozialausgaben armutsorientiert sind. Hier liegt Vietnam mit 17 % unter dem asiatischen Durchschnitt von 23 % und weit hinter Japan mit 100 % sowie Korea mit 80 %. Je nach Auslegung der Armutsbestimmung liegt die tatsächliche Quote sogar noch niedriger. An der geringen Quote wird deutlich, dass selbst in einem dem Namen nach sozialistischen Land viele strukturelle Probleme zu Ungleichheit führen. Die Regierung will soziale Sicherheit nicht hauptsächlich als Recht derjenigen verstanden sehen, die am ärgsten unter den politischen und ökonomischen Umbrüchen leiden, welche in Vietnam seit mehr als 20 Jahren am Werk sind. Der Indikator sowie das erläuternde Kapitel zu SPIMP hören dort auf, wo es politisch brisant wird. Kriegsveteranen und ehemalige Soldaten mögen nicht die ärmsten der Armen sein; wie aber lassen sich Ausgaben umverteilen? Wie lassen sich rechtliche und moralische Verbindlichkeiten auflösen, zu denen sich der vietnamesische Staat gegenüber denjenigen verpflichtet sieht, die ihre Jugend für ein Land und eine gemeinsame Sache geopfert haben?

## SPI als Instrument der Politikberatung?

Seit Ende der 1990er Jahre unternimmt die ADB den Versuch, Kompetenz im Themenbereich soziale Sicherheit aufzubauen. In diesem Sinne befindet sich die Organisation in einem Prozess der Bewusstseinsfindung im Bereich soziale Sicherheit. Den Höhepunkt dieser Anstrengungen bisher bildet die Konstruktion dieses Indexes, bestehend aus den genannten vier Indikatoren sowie erläuternden Länderberichten. Was die politischen Implikationen und den Nutzen des Indexes für die Politikberatung angeht, lassen sich jedoch eine Reihe von Problemen feststellen.

Zunächst einmal sind, wie an dem Beispiel Vietnam gezeigt wurde, aufgrund mangelhafter Daten und der politisch gewollten Missachtung

bestimmter Bevölkerungsgruppen massive Zweifel an der Aussagekraft des Indexes zum Stand der sozialen Sicherheit angebracht. Dies ist ein Problem, mit dem nicht nur Vietnam, sondern zumindest die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der ADB, vielleicht sogar alle untersuchten Länder zu kämpfen haben. Im vietnamesischen Fall sieht sich die Regierung gegenüber bestimmten Gruppierungen (Staatsbedienstete, Kriegsveteranen) zu besonderen Sozialleistungen verpflichtet, während andere Gruppierungen wenig Beachtung finden. Zwar werden diese Mängel mitunter im Länderbericht angesprochen, im Index spiegeln sie sich aber nicht wider. Im Länderbericht, der als eigentliches Instrument der Politikberatung dienen soll, findet sich nur in Ansätzen eine Quellenkritik, und es wird vermieden, auf bestimmte Randgruppen ausreichend hinzuweisen.

Die Indikatoren laufen deshalb Gefahr, wesentliche Aspekte nicht ausreichend zu beachten (Auswahl der Zielgruppen, Armutsdefinition). Das Problem, dass sich soziale Rechte, soziale Mobilität und Zugangschancen schlecht quantifizieren lassen, wird dadurch umgangen, dass es nur nebensächlich zur Sprache kommt und in der eigentlichen Berechnung des Index keine Rolle spielt.

Dem SPI sind deswegen in der Politikberatung klare Grenzen gesetzt: Er sagt nur bedingt etwas über die Ursachen von sozialer Sicherheit und Quellen sozialer Unsicherheit in Vietnam aus. Eine präzise Aussage über das Maß von sozialer Sicherheit sowie den Hintergründen zu Unsicherheit, Ausgrenzung und Ungleichheit müsste auf die genannten Defizite genauer eingehen. Ohne entsprechende Änderungen sowohl in der Konzeption als auch in der Anwendung des SPI ist jedoch eine verbesserte Verwendung der eingesetzten Gelder nicht zu erwarten, im Gegenteil: Wesentliche von Armut betroffene gesellschaftliche Gruppierungen dürften umso stärker strukturell von greifenden Entwicklungsprojekten ausgeschlossen bleiben.

## Anmerkungen

- 1 Neben der ADB und der ILO, die sich klassischerweise mit dem Thema beschäftigt (siehe z. B. ILO 2000), nehmen nun auch andere internationale und bilaterale Institutionen das Thema wahr. Die Weltbank widmet sich sozialer Sicherheit unter dem Themenkomplex *risk management* (siehe Holzmann & Jorgensen 2000; Weltbank 2001). Auch DFID, die GTZ, das BMZ und die skandinavischen Staaten haben Konzepte ausgearbeitet. Für eine Übersicht siehe Sabates-Wheeler & Haddad (2005) und Loewe (2007).
- 2 Für eine Analyse und kurze Zusammenfassung der Entwicklung von Sozialindikatoren siehe Bulmer (1989) und Innes (1989).
- 3 Zu nennen wären hier unter anderem die MDGs und die darin enthaltenen 60 Indikatoren, die Indikatoren der Paris-Deklaration (OECD), der Social Protection Expenditure Review der Weltbank, der Human Development Index des UNDP etc.

- 4 In Anlehnung an Gerardo Munck und Jay Verkuilen (2002: 7f.) unterscheiden Müller & Pickel 2007 bei der Anwendung der Konzeptvalidierung auf den Bereich Demokratiemes-  
sung drei Phasen: die Konzeptualisierung, die Messung und schließlich die Aggregation.
- 5 Neben zahlreichen Publikationen kurz nach der asiatischen Finanzkrise lässt sich eine  
Verdichtung von Konferenzen zu sozialen Themen wie das ADB/Weltbank Forum „Eine  
neue Sozialagenda für Ostasien“ im Oktober 1999 oder das Manila Sozialforum im No-  
vember 1999 verzeichnen. Weiterhin wurde eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, die  
Zusammenarbeit zwischen ADB und ILO zu vertiefen. Siehe hierzu ADB (2002b).
- 6 An mehreren Stellen in den beiden Hauptberichten *Social Protection Index for Committed  
Poverty Reduction* (Band 1 und 2) wird der SPI mit dem HDI verglichen (siehe exemplarisch  
ADB 2006a: 443).
- 7 Siehe International Social Security Association: *Social Security Worldwide 1998-2006*,  
www.issa.int, letzter Aufruf: 17. 5. 2009.
- 8 Die *Social Expenditure Database* der OECD sammelt ebenfalls Daten zu staatlichen und  
privaten Ausgaben von 26 Mitgliedsländern, Überschneidungen mit dem SPI gibt es nur  
bei Japan und Korea.
- 9 Neben den genannten sechs Länder aus dem TA 6120 und drei von vier Ländern aus TA  
6207 sind dies Armenien, Aserbaidshan, Bhutan, Kambodscha, China, Cook Islands, In-  
dien, Japan, Kasachstan, Kirgisien, Laos, Malaysia, Malediven, Nauru, Papua Neuguinea,  
Philippinen, Südkorea, Sri Lanka, Tadschikistan, Tonga, Tuvalu und Usbekistan. Geplant  
war, auch Afghanistan und die Solomon-Inseln einzubeziehen, dies musste aufgrund der  
schlechten Datenlage aber verworfen werden. Nicht untersucht wurden die Länder Brunei,  
Birma, Nordkorea, Taiwan, Thailand, Turkmenistan, Kiribati, Mikronesien, Palau, Samoa  
und Ost-Timor.
- 10 Der englische Wortlaut ist: „Social protection is defined as the set of policies and programs  
designed to reduce poverty and vulnerability by promoting efficient labor markets, dimin-  
ishing people’s exposure to risks, and enhancing their capacity to protect themselves against  
hazards and interruption/loss of income.“
- 11 Für eine Übersicht über die verschiedenen Definitionen zu sozialer Sicherheit von interna-  
tionalen Gebern, NGOs und Wissenschaftlern siehe Devereux & Sabathes-Wheeler (2004;  
2007).
- 12 ADB (2003: 1): „Social protection consists of five major elements: (i) labor markets, (ii)  
social insurance, (iii) social assistance, (iv) micro and area-based schemes to protect com-  
munities and (v) child protection.“
- 13 Es handelt sich um eine Mischung aus einer gewichteten und ungewichteten Verrechnung  
der sieben Zielgruppen („averaged weighted approach“): Bei dieser Methode wird der  
Durchschnitt des Deckungsgrads der sieben gleichmäßig gewichteten Zielgruppen mit dem  
Durchschnitt eines gewichteten Deckungsgrads, der größeren Zielgruppen mehr Bedeutung  
zukommen lässt, addiert und danach durch zwei dividiert.
- 14 Als nationale Armutsgrenze bezeichnet man häufig eine Einkommensgrenze, unterhalb  
derer der Erwerb aller lebensnotwendigen Ressourcen nicht mehr möglich ist. Die Armuts-  
definition der Weltbank geht von einem täglichen Einkommen von 1 US\$ bzw. seit 2008  
von 1,25 US\$ pro Person in Kaufkraftparität aus (Weltbank 2008a). In Vietnam basiert die  
Armutsgrenze auf einem durchschnittlichen Wert von 2.100 Kalorien pro Tag und Person  
bzw. auf einem Einkommen von 200.000 VND (ungefähr 8,15 €) in ländlichen und 260.000  
VND (10,60 €) in städtischen Gebieten pro Person und Monat. 2006 lebten 16 % aller  
Vietnamesen unter der nationalen Armutsrate und 4,9 % unter der Marke von 1 US\$ (World  
Bank 2008b: 5). Andere Autoren verstehen Armut umfassender als eine Lebenslage, in der  
ein menschenunwürdiges Leben durch Mangel an Chancengleichheit, Verteilungsgleichheit,  
Selbstbestimmung und politische Teilhabe nicht möglich ist (vgl. Sanders 2008).

- 15 Die gleiche Gewichtung wurde zum einen der Einfachheit wegen gewählt und zum anderen, weil sich die Ergebnisse bei unterschiedlicher Gewichtung kaum verändern (ADB 2008a: 45).
- 16 Unter quasi-staatlichen Organisationen verstehe ich hier nicht-staatliche Organisationen, die staatliche Aufgaben erfüllen bzw. von staatlichen Institutionen weitgehend beeinflusst werden. Vgl. Schubert & Klein 2006.
- 17 Der einzige Bericht der ADB, der an mehreren Stellen einen Bezug zwischen dem Thema soziale Sicherheit und Menschenrechten herstellt, ist ADB (2001: 278): „Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bezieht sich ausdrücklich auf die Bedürfnisse und Rechte gefährdeter Gruppen.“ In späteren Publikationen und auf der ADB Homepage wird diese Verbindung nicht wieder aufgegriffen.
- 18 Zu den Auswirkungen eines Mangels an Kapitalausstattung siehe Bohle (2001).
- 19 Japan bildet mit 0,96 den absoluten Spitzenreiter gefolgt von Korea mit 0,76. Vietnam liegt in der Berechnung des SPI mit einem Wert von 0,38 im Mittelfeld asiatischer Länder und als einziges südostasiatisches Land über dem asiatischen Durchschnitt von 0,36. Malaysia, das in Wirtschafts- und anderen Sozialindizes weit vor Vietnam liegt, kommt auf einen Index von 0,35. Indonesien folgt mit 0,33, die Philippinen mit 0,21 auf einem der hinteren Ränge.
- 20 Für eine ausführliche Darstellung der Verlässlichkeit von Daten in Vietnam siehe Fritzen & Brassard 2005: 40f. „Annex B: Data Gathering for Policy-Making and Areas for Future Research“.
- 21 Alle Vietnamesen werden in einem so genannten System der Haushaltsregistrierung in vier Kategorien (K1: permanente bis K4: befristete Aufenthaltsgenehmigung) in ihrem Bezirk aufgeteilt. Das System wird zum einen dazu genutzt, um SozialhilfeempfängerInnen zu identifizieren, aber auch dazu, die politische Stabilität, die Sicherheit und soziale Ordnung im Land zu gewährleisten (Dekret 51-CP, 1997). K3 und K4 Bewohner haben häufig Probleme soziale Dienste in Anspruch zu nehmen, selbst wenn sie ihrer sozialen Lage entsprechend darauf Anspruch hätten. Die Weltbank setzt sich seit einigen Jahren für eine mobile und einheitliche Form einer Sozialversicherungsnummer ein (Rama 2006; 2007).

## Literatur

- ADB (2008a): *Social Protection Index for Committed Poverty Reduction*, Bd. 2. Hg. v. Baulch, Bob; Axel Weber & Joe Wood, Manila, <http://www.adb.org/Documents/Books/Social-Protection/Volume2/Social-Protection-Vol2.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- ADB (2008b): *Providing Basic Social Protection Not a Question of Wealth*. Pressenotiz, 14. 5. 2008, <http://www.adb.org/Media/Articles/2008/12486-asian-social-protections/>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- ADB (2008c): *Strategy 2020: The Long-Term Strategic Framework of the Asian Development Bank 2008-2020*. <http://www.adb.org/Documents/Policies/Strategy2020/Strategy2020.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- ADB (2006a): *Social Protection Index for Committed Poverty Reduction*, Bd. 1. Hg. v. Weber, Axel, Manila, <http://www.adb.org/Documents/Books/Social-Protection/committed-poverty-reduction.pdf>, letzter Zugriff: 21. 5. 2009.
- ADB (2006b): *Technical Assistance: Scaling Up of the Social Protection Index for Committed Poverty Reduction. Technical Assistance Report*. <http://www.adb.org/Documents/TARs/REG/39261-REG-TAR.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- ADB (2003): *Social Protection*. Reihe: Our Framework: Policies and Strategies, Manila.
- ADB (2002a): *Social Protection Strategy: Progress Report to the Board of Governors*. Manila.

- ADB (2002b): *ADB, ILO Strengthen Partnership for Workers' Welfare in Asia*, 9. 5. 2002. <http://www.adb.org/Documents/News/2002/nr2002079.asp>, letzter Aufruf: 17. 5. 2009.
- ADB (2001). *Social Protection in Asia and Pacific*. Manila, [http://www.adb.org/documents/books/social\\_protection/social\\_protection.pdf](http://www.adb.org/documents/books/social_protection/social_protection.pdf), letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- Baulch, Bob; Truong Thi Kim Chuyen; Dominique Haughton & Jonathan Haughton (2007): „Ethnic Minority Development in Vietnam“. In: *Journal of Development Studies*, Bd. 43, Nr. 7, S. 1151-1176.
- Baulch, Bob, & Joe Wood (2006): „SPI and Multicountry Analysis“. In: ADB (2006a), S. 441-525.
- Baulch, Bob; Joe Wood & Axel Weber (2006): „Developing a Social Protection Index for Asia“. In: *Development Policy Review*, Bd. 24, Nr. 1, S. 5-29.
- Bohle, Hans-Georg (2001): „Neue Ansätze der geographischen Risikoforschung. Ein Analyserahmen zur Bestimmung nachhaltiger Lebenssicherung von Armutsgruppen“. In: *Die Erde*, Bd. 132, Nr. 2, S. 119-140.
- Bulmer, Martin (1989): „Theory and Measurement“. In: *Journal of Public Policy*, Bd. 9, Nr. 4, S. 407-412.
- Devereux, Stephen, & Rachel Sabates-Wheeler (2007): „Editorial Introduction: Debating Social Protection“. In: *IDS Bulletin*, Bd. 38, Nr. 3, S. 1-7.
- Devereux, Stephen, & Rachel Sabates-Wheeler (2004): *Transformative social protection*. IDS Working Paper 232, Brighton, Institute of Development Studies.
- Dorsey, Steven D.; John M. Hill & M.E. Woods (1989): „The human development spectrum: Sub-spectra and social indicators for use in development project planning, design, and implementation“. In: *Social Indicators Research*, Bd. 21, Nr. 1, S. 93-110.
- Ffode, Adam (1986): „The Unimplementability of Policy and the Notion of Law in Vietnamese Communist Thought“. In: *Southeast Asian Journal of Social Sciences*, Bd. 14, Nr. 1, S. 60-70.
- Fritzen, Scott, & Caroline Brassard (2005): *Vietnam Inequality Report 2005: Assessment and Policy Choices*. Synthesis Paper of the „DFID Drivers of Inequality in Vietnam“ Project, Third draft – September 18, 2005. Hanoi.
- Hicks, Norman, & Paul Streeten (1979): „Indicators of Development: The Search for a Basic Needs Yardstick“. In: *World Development*, Bd. 7, Nr. 6, S. 567-580.
- Hoang Xuan Quyen & Nguyen Thang (2006): „Vietnam, Chapter 7“. In: ADB (2006), <http://www.adb.org/Documents/Books/Social-Protection/chapter07.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- Holzmann, Robert & Jørgensen, Steen (2000): *Social Risk Management: A new conceptual framework for Social Protection, and beyond*. Social Protection Discussion Paper No. 0006, <http://siteresources.worldbank.org/SOCIALPROTECTION/Resources/SP-Discussion-papers/Social-Risk-Management-DP/0006.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- ILO (2000): *World Labor Report: Income Security and Social Protection in a Changing World*. Genf.
- Innes, Judith Eleanor (1989): „Disappointments and Legacies of Social Indicators“. In: *Journal of Public Policy*, Bd. 9, Nr. 4, S. 429-432.
- Klingebiel, Stephan (1992): *Entwicklungsindikatoren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion: Der Human Development Index, der Human Freedom Index und andere Indikatoren-Konzepte*. Universität Gesamthochschule Duisburg, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), INEF-Report Heft 2/1992, <http://inef.uni-due.de/page/documents/Report02.pdf>, letzter Aufruf: 11.05.2009.
- Le Bach Duong; Dang Nguyen Anh; Khuat Thu Hong; Le Hoai Trung & Robert Leroy Bach (2005): *Social Protection for the Most Needy in Vietnam*. Hanoi.
- Loewe, Markus (2007): *Positionen wichtiger entwicklungspolitischer Akteure zum Thema soziale Grundsicherung*. Gutachten im Auftrag von Brot für die Welt, Bonn.
- Munck, Gerardo L., & Jay Verkuilen (2002): „Conceptualizing and Measuring Democracy: Evaluating Alternative Indices“. In: *Comparative Political Studies*, Bd. 35, Nr. 5, S. 5-34.

- Müller, Thomas, & Susanne Pickel (2007): „Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes“. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 48, Nr. 3, S. 511-539.
- Pincus, Jonathan, & John Sender (2008): „Quantifying Poverty in Viet Nam: Who Counts?“ In: *Journal of Vietnamese Studies*, Bd. 3, Nr. 1, S. 108-150.
- Rama, Martin (2007): *Social Protection and Labor Markets in Vietnam*. Labor Markets and Growth, Commission on Growth and Development, Washington D.C.
- Rama, Martin (2006): *Universal Programs in a Low-Income Country? Policies and Challenges in Vietnam*. Washington D.C.
- Sabates-Wheeler, Rachel, & Lawrence Haddad (2005): *Reconciling Different Concepts of Risk and Vulnerability: A Review of Donor Documents*. Working Paper. Sussex, Institute of Development Studies, [www.oecd.org/dataoecd/33/60/36570676.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/33/60/36570676.pdf), letzter Aufruf: 21.05. 2009.
- Sanders, Karin (2008): „Armut und soziale Gerechtigkeit – Gedanken zum Umbau des Sozialstaates“. In: *Armut und Teilhabe – Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit*, Sanders, Karin & Weth, Hans-Ulrich (Hrsg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-26.
- Schubert, Klaus, & Martina Klein (2006): *Das Politiklexikon*. 4., aktual. Aufl., Bonn.
- Van de Walle, Dominique (1999): „Protecting the Poor in an Emerging Market Economy“. In: Litvack, Jennie, & Dennis A. Rondinelli (Hg.): *Market Reform in Vietnam: Building Institutions for Development*, Westport, Connecticut, & London, S. 113-132.
- Vietnam Net (2005): *Overseas remittance bolsters Vietnam's economy*. 2. 1. 2005, <http://english.vietnamnet.vn/reports/2005/01/361649/>, letzter Aufruf: 17. 5. 2009.
- Weber, Axel (2008): *Technical Assistance Completion Report*. <http://www.adb.org/Documents/TACRs/REG/39261-REG-TCR.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5.2009.
- Weber, Axel (2006): „Introduction, Chapter 1“. In: ADB (2006a), <http://www.adb.org/Documents/Books/Social-Protection/chapter01.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- Weltbank (2008a): *2008 World Development Indicators: Poverty data – A supplement to World Development Indicators 2008*. <http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/WDI08supplement1216.pdf>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.
- Weltbank (2008b): *Vietnam Development Report 2008: Social Protection*. Hanoi.
- Weltbank (2001): *Social Protection Sector Strategy. From Safety Net to Springboard*. Washington D.C..
- Wood, Joe (2008): *Social Protection Index For Committed Poverty Reduction*. Presentation at the Conference „Social protection in Asia“, 11. bis 12. 12. 2008, Seoul: <http://www.oecdkorea.org/social/download/1%20Social%20Protection%20Index%20in%20Asia%20-Joe%20Wood.ppt>, letzter Aufruf: 21. 5. 2009.

Adresse der Autorin:

Kerstin Priwitzer

[kerstin.priwitzer@gmx.de](mailto:kerstin.priwitzer@gmx.de)